



Nürtingen

Niederlage für Boss-Gegner

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat gestern die Klage zum Bürgerentscheid „Großer Forst“ abgewiesen

Kommentar



VON PHILIP SANDROCK

Ultima Ratio

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat die Klage von Dieter Braunmüller, der stellvertretend für die Bürgerinitiative und für alle Unterzeichner des Bürgerbegehrens geklagt hatte, abgeschmettert. Damit folgt die Kammer der Rechtsprechung anderer Gerichte.

Zu unbestimmt und zu missverständlich seien die Formulierungen von Frage und Begründung gewesen. Wenn man ehrlich ist, wurde die Debatte zum „Großen Forst“ in den vergangenen zwei Jahren auch mehr emotional als sachlich geführt. Diese Emotionalität spiegelt sich in der Fragestellung wider: Dass das Gericht diesen Beweggründen wenig rechtlichen und sachlichen Gehalt abgewinnen konnte, überrascht da nicht. Die Formulierung „weitere Schritte“ ist für einen Juristen einfach nicht konkret genug. Dass der Wille der Bürger festgestellt werden sollte und die Vor- und Nachteile heftig umstritten seien, hatte vor Gericht ebenfalls keinen Bestand.

Die gesetzgeberischen Hürden für Bürgerentscheide in Baden-Württemberg sind hoch, egal ob von Seiten des Gemeinderats gewollt oder von den Bürgern erzwungen. Deshalb sollte man sich seiner Sache ganz sicher sein, wenn man eine Entscheidung auf diesem Weg anstrebt. Konkrete Fragen, sachliche Begründungen und politischer Gestaltungswille sollten die Grundpfeiler eines solchen Begehrens sein. Für was es sich nicht eignet, offenbart das Urteil: als Ultima Ratio, um längst getroffene demokratische Entscheidungen zu kippen.

Der Bürgerentscheid zum geplanten Logistikzentrum der Firma Boss wird nicht zugelassen. Das hat gestern das Verwaltungsgericht Stuttgart in einem Urteil entschieden, die Richter wiesen damit die Klage von Dieter Braunmüller ab. Er wollte für die Schutzgemeinschaft „Großer Forst“ diese Zulassung gerichtlich durchsetzen.

VON PHILIP SANDROCK

NÜRTINGEN/STUTTGART. „Es ist ein Schlag für uns“, sagt Braunmüller auf Nachfrage unserer Zeitung. Es sei aber auch ein Tiefschlag für die Nürtinger Bürger. Man sei zuversichtlich in dieses Verfahren gegangen und die mündliche Verhandlung habe ihn optimistisch gestimmt. Letztendlich sei der Prozess durch rechtliche Detailfragen entschieden worden und dadurch, dass das Gericht die lange Planungs-Vorgeschichte für den „Großen Forst“ berücksichtigt habe. „Ich bin grenzenlos enttäuscht“, so Braunmüller. Er und seine Mitstreiter seien durch die Klageabweisung „auf den Boden der Tatsachen“ zurückgeholt worden.

Nach Auffassung der 7. Kammer des Verwaltungsgerichts können Angelegenheiten von Gemeindefachverfahren nicht unmittelbar zum Gegenstand von Bürgerentscheiden gemacht werden. Die Fragestellung des Bürgerbegehrens „Großer Forst“ zielt allerdings darauf, den Verbandsvertretern der Stadt Nürtingen bestimmte Weisungen zu ihrem Abstimmungsverhalten zu erteilen. Ob eine solche mittelbare Einflussnahme auf Verbandsangelegenheiten gegeben sei, ließ die Kammer bei ihrer Entscheidung offen. Die Richter stellten jedoch fest, dass sich solche Weisungen innerhalb der rechtlichen Bindungen der Stadt Nürtingen bewegen müssten. Dies, so die Richter in ihrem schriftlichen Urteil, sei im vorliegenden Fall nicht gewährleistet.

Der „Große Forst“ ist als Gewerbegebiet ausgewiesen

Das Gebiet „Großer Forst“ sei im Regionalplan, im Flächennutzungsplan und im inzwischen in Kraft getretenen Bebauungsplan als gewerbliche Baufläche ausgewiesen. Damit stehe die Nutzung als Gewerbegebiet nicht mehr zur Disposition. Außerdem verpflichte die Verbandsatzung



Streitpunkt vor Gericht: das bislang unbebaute Gewerbegebiet „Großer Forst“.

Foto: Holzwarth

die Gemeinden zur Entwicklung des Gewerbegebiets. Der Gewerbeverband habe in mehreren Beschlüssen der Ansiedlung der Firma Boss zugestimmt, die Grundsätze für den Grundstückserwerb festgelegt und den Nürtinger Oberbürgermeister Otmar Heinrich als Verbandsvorsitzenden ermächtigt, die entsprechenden Verträge zu schließen.

Ein Abstimmungsverhalten, das sich ohne erkennbare Veränderungen der Sachlage im Widerspruch zu der gemeinsamen Beschlusslage setze, sei mit den Verpflichtungen aus der Verbandsatzung nicht vereinbar. Es widerspreche überdies auch dem, was der in Kraft getretene Bebauungsplan vorgebe, so die Auffassung der Richter. Mit diesem Urteil sieht sich Oberbürgermeister Heinrich voll in seiner Rechtsauffassung bestätigt: „Das Urteil war nicht anders zu erwarten und ent-

spricht der ständigen Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte.“

Bereits in der mündlichen Verhandlung am Dienstag hatte die Vorsitzende Richterin Dr. Sylvia Thoren-Prose unklare Formulierungen in der Fragestellung und die mangelhafte Begründung moniert. Im Urteil werden nun genau diese Kritikpunkte erneut aufgegriffen: So sei die Forderung nach dem „unterlassen weiterer Schritte“ inhaltlich unbestimmt und die Begründung des Bürgerbegehrens genüge nicht den Anforderungen der Gemeindeordnung. Es seien keine sachlichen Argumente aufgeführt und der Inhalt sei zu allgemein gehalten und damit missverständlich.

„Wir haben von Anfang an gesagt, dass die Formulierungen die Widersprüche innerhalb der Schutzgemeinschaft wiedergeben“, sagt Heinrich. In der Bürgerinitiative sei man sich nicht einig darüber gewesen,

ob nur das Boss-Lager verhindert werden, oder die gesamte Planung des Gewerbegebiets gekippt werden solle.

Braunmüller sieht das anders: Die Ablehnung sei nur durch das Hilfskonstrukt des Bebauungsplanverfahrens möglich gewesen, das die Richter in die Fragestellung hineininterpretiert habe. „Die zentrale Frage unserer Bürgerbegehrens bezog sich ausschließlich auf die geplante monumentale Bebauung durch die Firma Boss“, so der Kläger weiter. Für einen Nürtinger Bürger sei die Fragestellung sonnenklar gewesen.

Die Ablehnung reihe sich nahtlos in zahlreiche andere Entscheidungen ein. Selbst die Vorsitzende Thoren-Prose habe von Fußangeln gesprochen, die zahlreiche Bürgerbegehren zu Fall brächten, sagt Braunmüller. Die Rechtslage sei völlig unzureichend, betonte er.

Das erste Halbfinale

WM-Tisch: Plätze für das Spiel am Dienstag zu gewinnen

NÜRTINGEN (jg). Dieses Anknüpfung unserer Verlosung muss etwas nebulos klingen: Denn wer das erste Halbfinale bei der Fußball-WM in Südafrika bestreitet, steht noch gar nicht fest. Sicher ist aber: Am Dienstag, 6. Juli, um 20.30 Uhr wird es wieder einen WM-Tisch unserer Zeitung im Schlachthof geben. Wer dann auf der großen LED-Wand im Biergarten zu sehen sein wird, steht noch gar nicht fest.

Wer es genau wissen will, der kann ja die heutigen Spiele noch abwarten und erst kurz vor Torschluss (um 23.59 Uhr) anrufen. Denn die Sieger von heute dürfen am Dienstag nochmal ran. Brasilien oder Holland kämpfen dann gegen Uruguay oder Ghana um den Einzug ins Endspiel. Aber auch wenn man nicht genau weiß, wer konkret spielt: Für Spannung pur ist gesorgt.

Es ist übrigens die drittletzte Chance auf einen Platz am WM-Tisch. Und auf den großen Gewinn am Ende der WM, ja auch. Unter allen, die in den vergangenen Wochen die richtigen „Tipp am Tisch“ abgegeben haben, verlosen wir drei Übernachtungen mit Halbpension im gemütlichen Hotel „Post“ in Abtenau im Lammertal im Salzburger Land. In den Preis hineinschnuppern kann man schon mal im Internet: www.hotel-post-abtenau.at.

Die Glücksnummer lautet (01 37) 8 08 40 02 12-01.

Nabu-Radtour

(ra) Am Sonntag, 4. Juli, lädt die Nabu-Gruppe Nürtingen und Umgebung zu einer Radtour zu den Nabu-eigenen Schutzgebieten ein. Start ist um 8 Uhr am Busbahnhof. Erstes Ziel ist das Naturdenkmal Hohen Wiese in der Rudolfshalde, zwischen Nürtingen und Oberboihingen gelegen. Von dort geht es zurück nach Nürtingen in den Lerchenberg ins Gebiet Bergbäcker. Über den Großen Forst und Raidwangen führt die Tour weiter an den Bahndurchlass Richtung Altdorf. Weiter geht es der Autum entlang zum ältesten Nabu-Schutzgebiet am Beutwangsee. Auf dem Rückweg besteht zwischen Neckarhausen und dem Sportplatz Worth etwa zur Mittagszeit die Möglichkeit zum Grillen. Die Fahrtstrecke beträgt zirka 20 Kilometer und führt zum Teil über Feld- und Wiesenwege. Die Tour wird geführt von Roland Appl, dem Vorsitzenden der Nabu-Gruppe Nürtingen.

„Die Linke ist ein wirrer Haufen“

Die Nürtinger und Esslinger Abgeordneten berichten von ihren Eindrücken bei der Bundespräsidentenwahl

Die Bundespräsidentenwahl wurde in den vergangenen Tagen heiß diskutiert. Und wie bewerten die Wahlmänner und -frauen aus den Wahlkreisen Nürtingen und Esslingen die Vorgänge im Bundestag? Einen Tag nach der Wahl nahmen sie Stellung.

VON SYLVIA GIERLICH

„Ich habe Respekt vor den Wählern, die Joachim Gauck wählen, weil sie überzeugt von seiner Lebensleistung sind. Aber ich habe keinen Respekt vor denen, die Kritik üben wollten, aber nicht den Mut hatten, sie offen auszusprechen“, sagt der Nürtinger CDU-Abgeordnete Michael Heinrich.



Er ist zufrieden mit dem Ausgang der Bundespräsidentenwahl, nicht aber mit dem Zustandekommen. 44 Stimmen fehlten den Kandidaten von CDU/CSU und FDP. Christian Wulff, im ersten Wahlgang zur absoluten Mehrheit. Letztlich waren drei Wahlgänge nötig, um eine Entscheidung zugunsten des Kandidaten der Regierungskoalition herbeizuführen. Dass Joachim Gauck der Präsident gewesen wäre, den das Volk bevorzugt hätte, glaubt Heinrich nicht. Zwar habe auch er Gauck in den letzten zwei Wochen sehr geschätzt gelernt, doch auch für Christian Wulff hätten sich viele Menschen ausgesprochen. Den Bundespräsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen, hält Heinrich für falsch. „Wenn wir das tun, müssen wir dem Präsidenten mehr Kompetenzen einräumen“, sagt er. Denn ein vom Volk gewählter Präsident habe mehr Legitimation als ein Bundeskanzler, der nur von einer Partei getragen werde. Und wenn man den Wechsel wolle, müsse man sich auch fragen, ob das bisherige System so schlecht gewesen sei.

„Wir haben die Hoffnung, dass er ein Präsident wird, der so nachdenklich mahnt, dass er die Gesellschaft ein Stück weit zusammenführt“, sagt Rainer Arnold (SPD) über den neuen Präsidenten Christian Wulff. Dieser habe nun seine Chance und solle sie nutzen. Das Ansinnen der Regierungskoalition, sich über die Wahl zu stabilisieren, sei gründlich misslungen. Der Diskurs, den die Wahl jedoch auch in der

Bevölkerung ausgelöst hat, habe Maßstäbe gesetzt. Die Distanz zwischen der Politik und der Gesellschaft zu überwinden sieht Arnold als zentrale Aufgabe des Bundespräsidenten.



Den Präsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen, kann sich Arnold nicht vorstellen. „Mit der bisherigen Machtverteilung sind wir gut gefahren“, sagt er. Jedoch hat es den SPD-Abgeordneten gefreut, wie viele junge Menschen sich in den letzten Wochen in die Debatte um die Präsidentschaftswahl eingeschaltet haben. „Ich persönlich hätte mich gefreut, wenn Joachim Gauck die Wahl gewonnen hätte“, sagt Arnold.

Die Linke, die sich mehrheitlich gegen Gauck ausgesprochen und im dritten Wahlgang für Stimmenthaltung plädiert hatte, hält Arnold nach wie vor für politikhafte.



Markus Grubel (CDU) wusste schon vor allen anderen, wie viele Stimmen die Kandidaten auf sich vereinen konnten. Der Abgeordnete aus dem Wahlkreis Esslingen hat als Schriftführer die Stimmzettel mit ausgezählt. „Ich war erstaunt, dass die Koalition ihr Potenzial nicht ganz ausgeschöpft hat. Im dritten Wahlgang haben wir mit deutlichem Abstand die absolute Mehrheit erhalten“, sagt Grubel. Dass nicht alle so gewählt haben, wie man es von ihnen erwartet hat, sieht er als Paradebeispiel für die Demokratie. Dass SPD und Grüne Joachim Gauck als Kandidaten benannt haben, deutet für Grubel darauf hin, dass sich beide Parteien keine Hoffnungen machten, mit einem eigenen Kandidaten Erfolg zu haben.

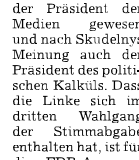
Gauck gehört ja mit seinem politischen Profil eigentlich zu uns“, so Grubel. Sollte der Präsident vom Volk gewählt werden, brauche er neue Befugnisse. Dafür müsse die Demokratie umgebaut werden, erklärte Grubel, der dies jedoch nicht befürwortet. Als einen guten Tag für die Demokratie bezeichnete die SPD-A

rektwahl kommt jedoch auch für sie nicht infrage. Mehr Unabhängigkeit von den jeweiligen Parteien wünscht sie sich für den Präsidenten. Mit der Aufstellung von Joachim Gauck hätten SPD und Grüne dies bereits versucht. „Er wäre ja auch für CDU und FDP wählbar gewesen“, sagt Roth. Labmabel sei die Wahl für die Regierungskoalition und die Kanzlerin verlaufen. Sie hätten ihre Chancen nicht genutzt und den eigenen Kandidaten auf die Achterbahn geschickt. Als klares Signal an die Kanzlerin interpretiert Roth das Abstimmverhalten der Koalition, die erst im dritten Wahlgang gewählt hätten, was sie wählen mussten. Die Linke sei ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden. „Damit haben sie eine große Chance verpasst, zu zeigen, dass sie als Partei zu ihrer Vergangenheit stehen und mit einem Präsidenten leben können, der es ihnen nicht leicht gemacht hätte“, sagt Roth.



„Ich habe alle meine Werten verloren, weil ich davon überzeugt war, dass wir es schon nach dem ersten Wahlgang schaffen“, sagt die FDP-Abgeordnete Judith Skudelny. Aufregend fand sie die Abstimmung. „Herr Gauck ist ein sehr respektabler Kandidat. Es gab gute Gründe, ihn zu wählen. Es gab aber auch gute Gründe, Christian Wulff zu wählen“, so Skudelny. Joachim Gauck sei allerdings der Präsident der Medien gewesen und nach Skudelny Meinung auch der Präsident des politischen Kalküls. Dass die Linke sich im dritten Wahlgang der Stimmabgabe enthalten hat, ist für die FDP-A

netzte ein Outing. Sie hat sich jedoch stark gewundert, dass es so breitfächig stattgefunden hat. „Es zeigt jedoch, dass die Linke in der Demokratie noch nicht angekommen ist“, sagt Skudelny.



Ebenfalls in Berlin mit abgestimmt hat der Landtagsabgeordnete der Grünen, Winfried Kretschmann. „Das war ein richtig aufregender Tag und ich habe schon viele Bundesversammlungen erlebt“, sagt er. Dass der Regierungskoalition im ersten Wahlgang 44 Stimmen gefehlt haben, be-

zeichnet er als Paukenschlag. Teile der Koalition hätten Merkel einen Denzettel erteilen wollen. Die Parteiloyalität habe letztlich aber über das freie Mandat gestiegt. Dennoch, auch mit Christian Wulff kann Winfried Kretschmann leben: „Er wird sicher einen ordentlichen Job machen.“ Zur Wahl des Präsidenten durch das Volk kommt auch von Kretschmann ein klares Nein. Dies würde die Architektur der Demokratie verändern, denn ein direkt gewählter Präsident müsse bestimmte Vollmachten bekommen. Die Linken hätten es verpasst, sich von ihrer SED-Vergangenheit klar zu trennen. „Was führende Linke zu sich gegeben haben, war nur schwer zu ertragen. Die sind in wirrer Haufen, die nicht in der Lage sind, in einer solchen Situation rational zu handeln“, sagt Kretschmann. Ihr Verhalten hätte dazu beigetragen, dass der Kandidat von Schwarz/Gelb das Rennen macht.

Auch der Vorsitzende der grünen Kreisfraktion, Andreas Schwarz, gab in Berlin sein Votum ab. Wie viele seiner Kollegen, hat auch ihn gefreut, dass so ausgiebig über die Wahl diskutiert wurde. „Mit der Linkspartei ist allerdings kein Staat mehr zu machen. Sie haben gezeigt, dass sie keine Verantwortung übernehmen wollen“, sagt Schwarz. Joachim Gauck wäre ihm als Präsident lieber gewesen, denn dieser stehe weit mehr für Freiheit und Demokratie. Allerdings habe ein demokratisches Gremium anders entschieden.

„Ich habe die Hoffnung, dass Wulff über seinen Tellerrand hinaus denkt und sich auch darüber Gedanken macht, wie man mit der kommenden Generation umgeht“, sagt Schwarz. Als Blamage für Angela Merkel sieht er die Wahl schon. Sie habe die absolute Mehrheit im Parlament und es habe zweimal nicht gereicht. Der Diskussion, ob der Präsident vom Volk gewählt werden soll, steht Schwarz gegenüber. „Ich bin immer ein Freund davon, die Bürger entscheiden zu lassen“, sagt er. Allerdings müssten dann die Kompetenzen des Präsidenten neu definiert werden.

